

INHALT

Vorwort	5
Verzeichnis der Abkürzungen	10
Einleitung	13
Erstes Kapitel	
Die Gestaltung der Ausgangslage: Beamtenrecht in der Übergangszeit 1948/49	
1. Die Beamtenrechtsdiskussion in der Bizone bis zum Erlaß des Militärregierungsgesetzes Nr. 15 im Februar 1949	21
2. Die Behandlung der Beamtenrechtsfragen im Parlamentarischen Rat (mit Ausnahme des Art. 131 GG)	34
3. Revisionsbemühungen am Militärregierungsgesetz Nr. 15, die Verabschiedung eines Wahlgesetzes für den ersten Deutschen Bundestag und die Fortsetzung der beamtenrechtlichen Diskussion bis zur Konstituierung der Bundesorgane	49
4. Die verdrängten Beamten und die sie betreffenden Regelungen	58
Zweites Kapitel	
Strukturen und Akteure der Beamtengesetzgebung von 1949 bis 1953	
1. Die Verbände: DGB (Beamtenausschuß, Beamtensekretariat, ÖTV), Deutscher Beamtenbund, Allgemeiner Beamtenschutzbund und Verbaost, Aktionsgemeinschaften und Zusammenschlüsse, Deutscher Städtetag	66
2. Die Parteien: CDU und CSU, SPD, FDP, Sonstige	78
3. Die Gesetzgebungsorgane: Bundesregierung und zuständige Ministerialbürokratie, Bundestag (Ausschuß für Beamtenrecht), Bundesrat ..	87
4. Die Alliierte Hohe Kommission	101
Drittes Kapitel	
Die Abwehr alliierter Reformbestrebungen: Das vorläufige Bundespersonalgesetz und das Gesetz über die Rechtsstellung der in den ersten Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes	
1. Die Entstehung des Personalgesetzentwurfes und die Reaktionen von Verbänden, Parteien und Alliiertes Hoher Kommission (September–November 1949)	108
2. Die parlamentarische Behandlung des Personalgesetzentwurfes in Bundesrat und Bundestag (Oktober 1949–März 1950)	117

3. Der vorläufige Einspruch der Alliierten Hohen Kommission gegen den Personalgesetzentwurf und die Verhandlungen zu seiner Aufhebung (Oktober 1949–Juli 1950)	130
4. Entstehung, parlamentarische Behandlung und Verabschiedung des Gesetzes über die Rechtsstellung der in den ersten Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes (Oktober 1949–Mai 1951)	141

Viertes Kapitel

Die Regelung der Folgen von Krieg und Diktatur: Das Ausführungsgesetz zu Art. 131 GG und seine erste Novelle und die Wiedergutmachungsgesetze für Angehörige des öffentlichen Dienstes

1. Interventionen von Verbänden, Parteien und dem Deutschen Bundestag zugunsten der verdrängten Beamten und das Scheitern vorläufiger Regelungen im Konflikt der zuständigen Bundesressorts (September 1949–März 1950)	152
2. Die Situation nach dem Scheitern einer vorläufigen Regelung, die Entscheidung für eine Überbrückungshilfe für den unter Art. 131 GG fallenden Personenkreis und die Debatte über die Auszahlungsrichtlinien (März–Oktober 1950)	162
3. Die Entstehung der Regierungsvorlage für ein Ausführungsgesetz zu Art. 131 GG (November 1949–Juli 1950)	171
4. Die Reaktionen nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfs und seine parlamentarische Behandlung in Bundesrat und Bundestag bis zur Entscheidung über die Vorlage eines vorgezogenen Unterbringungsgesetzes für den unter Art. 131 GG fallenden Personenkreis (Juli–November 1950)	188
5. Vorgeschichte, parlamentarische Behandlung und Verabschiedung des Gesetzes über Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Unterbringung der unter Art. 131 GG fallenden Personen (Juli 1950–März 1951)	201
6. Abschließende Verhandlungen über das Ausführungsgesetz zu Art. 131 GG und seine Verabschiedung (Dezember 1950–Mai 1951)	211
7. Entstehung, parlamentarische Behandlung und Verabschiedung des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes und seine Änderungen und Ergänzungen (November 1949–Mai 1951/August 1953)	222
8. Die Bestrebungen zur Änderung des Ausführungsgesetzes zu Art. 131 GG und die Entwicklung bis zu seiner ersten Novellierung (Mai 1951–August 1953)	236

Fünftes Kapitel

Die Fortschreibung der Tradition: Das Bundesbeamtengesetz und das Gesetz über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes

1. Die Entstehung des Regierungsentwurfs für ein Bundesbeamtengesetz im Beziehungsgeflecht von Ressorts, Verbänden, Parteien und Alliiierter Hoher Kommission (Februar 1950–Juli 1951)	253
--	-----

2. Der erste Durchgang des Bundesbeamtengesetzentwurfs in Bundesrat und Bundestag und der Verzicht der Alliierten Hohen Kommission auf Eingriffe in die deutsche Beamtengesetzgebung (Juli 1951–März 1952)	269
3. Die Beratungen des Bundestagsausschusses für Beamtenrecht über die Beamtengesetzesvorlage unter Berücksichtigung alliierter Reformvorstellungen, von Verbandsforderungen und von Einwirkungsversuchen aus den Bundesministerien (März 1952–März 1953)	279
4. Die Verabschiedung des Bundesbeamtengesetzes in Bundestag und Bundesrat unter Einbeziehung der Entscheidungen über das Gesetz über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes (März–August 1953)	292
Zusammenfassung und Schlußbetrachtung	302
Quellen- und Literaturverzeichnis	315
Personenregister	323
Fundstellenverzeichnis (Beamtengesetze, thematische Schwerpunkte der Gesetzesberatung)	327